



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 3. Dezember 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-03-0026

Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit zur Wahl des Jugendparlamentes -Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 15.11.2019-

Für die Wahl des Jugendparlamentes werden alle Wahlberechtigten postalisch angeschrieben und erhalten einen Wahlzettel. Auf diesem Wahlzettel stehen alle Kandidat*innen mit Namen und Schulzugehörigkeit.

Es gibt zwar für die Kandidat*innen des Jugendparlamentes die Möglichkeit, Bilder und kurze Texte zu den Beweggründen der eigenen Kandidatur auf der Internetseite der Stadt Wiesbaden und des Jugendparlamentes einzustellen, diese Texte finden aber noch zu wenig Beachtung.

Das führt dazu, dass viele Schüler*innen vor allem nach Bekanntheitsgrad und Schulzugehörigkeit wählen, nicht aber nach der Agenda der Kandidat*innen.

Neben der guten Social Media Arbeit der Stadt, wäre es deshalb wichtig, Werbung näher an die Wahlberechtigten heranzubringen, so kann dann auch die Motivation der Jugendlichen sich für eine Kandidatur zu entscheiden, sich zu präsentieren und im Zuge dessen auch die Wahlbeteiligung gesteigert werden.

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Plakate zu produzieren, mit dem Hinweis auf die nächste Wahl und diese zusätzlich mit einem QR Code zu versehen, damit die Wahlberechtigten die Möglichkeit bekommen mit ihrem Mobiltelefon die Kandidatentexte im Netz schnell und leicht aufzurufen.
2. diese Plakate an den berufsbildenden, privaten und öffentlichen Schulen im Wiesbadener Stadtgebiet zu verteilen, damit diese ausgehängt werden.
3. zusammen mit den Briefwahlunterlagen einen Infozettel (Flyer) zu versenden. Dieser Infozettel dient zur Aufklärung über die Arbeit und die Funktion des Jugendparlamentes und bietet zusätzlich die Möglichkeit auf die Kandidatenseite aufmerksam zu machen.

Beschluss Nr. 0079

Der Antrag wird mit der Bitte um Stellungnahme an das Jugendparlament überwiesen und nach Vorlage dieser Stellungnahme erneut in die Tagesordnung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik aufgenommen..

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2019

Seipel-Rotter
stellv. Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dem Vorsitzenden des Jugendparlaments
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2019

Dezernat I/16
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister